

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

No. 5.

(No. 330.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 3ten Januar 1816., die von Subaltern-Offizieren, Behufs ihrer Assoziation bei der Offizier-Wittwenkasse, auszustellen- den Wechsel betreffend.

Auf Ihren Bericht vom 11ten v. M. setze Ich hierdurch fest, daß es, bei den von den Subaltern-Offizieren, Behufs ihrer Assoziation bei der Offizier-Wittwenkasse auszustellenden Wechseln, der sonst gesetzlichen Beibringung der Konseque der Kommandeure zu Schuldverpflichtungen, nicht weiter bedarf.

Berlin, den 3ten Januar 1816.

Friederich Wilhelm.

An
die Staatsminister v. Kirchhausen und v. Boyen.

(No. 331.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 5ten Januar 1816, daß die Ausfuhr des alten Bruchkupfers und Messings frei gegeben seyn soll.

Ich habe auf Ihren Bericht vom 30sten Dezember v. J. beschlossen, die Ausfuhr des alten Bruchkupfers und Messings, gegen eine Kontrollabgabe von 8 Groschen pro Centner brutto, mit Aufhebung der früher bestandenen Ausfuhr-Verbote, frei zu geben und autorisire Sie, dem gemäß das weiter Nöthige zu verfügen.

Berlin, den 5ten Januar 1816.

Friedrich Wilhelm.

An
den Staats- und Finanzminister Freiherrn v. Bülow.

Berlin, den 3ten Januar 1810.

Triebst du mich nicht?

Die Einzahlung ist zu berücksichtigen.

(188.01)

五

(No. 332.)

(Abgedruckt in Berlin im Jahr 1816.)

(No. 332.) General-Pardon für alle Deserteure, und für alle ohne Erlaubniß aus dem Lande gegangene, oder wegen leichter Vergehungen entwichene jetzt Preussische Unterthanen, welche aus den vormals Herzoglich-Nassauischen Landen, und aus Schwedisch-Pommern gebürtig sind. Vom 7ten Januar 1816.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

Auf erhaltene Anzeige Unserer Landesbehörden, daß mehrere Unserer Unterthanen aus den Uns zugefallenen vormals Herzoglich- und Fürstlich-Nassauischen Landestheilen, sich ohne gesetzmäßige Ursach aus den gedachten Unsern Provinzen entfernt und außer Landes begeben haben, mehrere derselben aber vorzüglich durch Abneigung zum Kriegsdienst unter Bonaparte's Fahnen zu solchen ungesetzlichen Schritten veranlaßt worden sind, manche auch wegen leichter Vergehungen ihr Vaterland verlassen haben, wollen Wir in der gerechten Erwartung, daß selbige sich forthin der aus der Vertheidigung ihres Vaterlandes bestimmten Dienstpflicht willig unterziehen, durch Anhänglichkeit und Treue auszeichnen, und auf diese Weise jede Mißdeutung und Bestrafung ihres frühern Benehmens unzulässig machen werden, allen gedachten Unsern Unterthanen, die, es sey aus welcher Ursach es wolle, ohne Unsere und Unserer Behörden Erlaubniß außer Landes gegangen, oder wegen solcher leichter Vergehungen, außer der Desertion, für welche durch die Gesetze oder durch bereits ergangene richterliche Erkenntnisse, nach den Preussischen Gesetzen, Einjähriger Verlust der Freiheit oder geringere Strafe erkannt worden, oder zu erkennen seyn würde, ausgetreten sind, desgleichen allen Deserteuren ohne Unterschied, einen

General-Pardon

hiemit dahin zusichern, daß wenn sich selbige binnen zwei Monaten, und spätestens bis zum 1sten Mai dieses Jahres bei der nächsten Ortsobrigkeit, oder in sofern es Deserteure sind, bei dem Generalkommando der Provinz, wieder einfinden, ihnen die gesetzlichen Strafen, sie mögen bereits durch richterlichen Ausspruch festgesetzt seyn, oder nicht, erlassen seyn, und sie in den Stand getreuer und strafloser Unterthanen wieder hergestellt seyn sollen; wogegen alle diejenigen, welche in der bemerkten Frist sich nicht wieder einfinden, auf Begnadigung keinen Anspruch, vielmehr im Betretungsfalle strenge Ahndung nach den Landesgesetzen zu gewärtigen haben.

Ganz in der nemlichen Art wollen Wir hiemit auch Unsern aus Schwedisch-Pommern entwichenen Unterthanen, desgleichen allen Deserteuren des

vormals Königlich-Schwedischen, von Uns übernommenen Militärs, welche aus der gedachten Provinz gebürtig sind, einen

General = Pardon

unter gleichen Modalitäten zusichern, unter der Bedingung, daß selbige sich binnen zwei Monaten, und spätestens bis zum 1sten Mai dieses Jahres bei der nächsten Ortsobrigkeit, oder in sofern es Deserteure sind, bei dem General-Commando der Marken und von Pommern hieselbst wieder einfänden.

Dieser zwiefache General-Pardon soll daher durch den Druck und auf den sonst geordneten Wegen zur allgemeinen Wissenschaft gebracht werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Siegel.

So geschehen und gegeben Berlin, den 7ten Januar 1816.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Bohnen.

[illegible]

zur Ermöglichung keinen Zustand, vielmehr im Verleungsfalle schnelle Ab-
gegen alle diejenigen, welche in der bemerzten Zeit sich nicht wieder einfinden,
Stand gestirnt und starker hinterblieben wieder beschickte sein sollen; wo-
möglich zunächst festgesetzt sein, aber nicht, verlassen sein, und die in dem
Verleungsfalle, ihnen die gesetzlichen Strafen, die wegen Verleung durch
oben in letztem abgelesen sind, bei dem Verleungsmann der Verleung
spätestens bis zum ersten freien Tages bei der nächsten Verleungsfest-
setzung nachzutragen, daß wenn sich selbige binnen zwei Monaten, nach

Handwritten text, likely bleed-through from the reverse side of the page. The text is mirrored and difficult to decipher but appears to contain names and dates.

(No. 333.) Verordnung, in Betreff der ehelichen Gütergemeinschaft in den Westphälischen Provinzen und in dem Herzogthum Cleve. Vom 8ten Januar 1816.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Es sind über die Fortdauer der provinziellen Gütergemeinschaft unter den Eheleuten während der Gültigkeit des französischen Rechts, und nach dessen Abschaffung, in Unsern Westphälischen Provinzen Zweifel entstanden, zu deren Beseitigung Wir hierdurch Folgendes festsetzen:

§. 1.

Die allgemeine eheliche Gütergemeinschaft, so wie sie in den in Unserm Besitznahme-Patent vom 21sten Juni v. J. genannten Westphälischen Provinzen, und im Herzogthum Cleve, vor der Einführung des französischen Rechts nach Provinzialgesetzen, Statuten und Gewohnheiten bestanden hat, soll, mit Vorbehalt derjenigen Modifikationen, die bei der Revision der Provinzial-Gesetze angeordnet werden möchten, in den gedachten Provinzen auch noch ferner statt finden.

§. 2.

Alle seit der Einführung des fremden Rechts geschlossene Ehen, sollen, in Ermangelung besonderer Verabredungen in Bezug auf die eheliche Gütergemeinschaft, nach den darüber früher bestandenen provinziellen Vorschriften beurtheilt werden.

Wir befehlen Unsern Gerichten, sich nach dieser Unserer Verordnung in vorkommenden Fällen zu achten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

So gegeben Berlin, den 8ten Januar 1816.

(L. S.) **Friedrich Wilhelm.**

C. Fürst v. Hardenberg. v. Kirchhausen. v. Bülow. v. Schuckmann.
v. Wittgenstein. v. Boyen.

(No. 334.) Verordnung wegen der Güter der Gemeinden in den vormals französischen, jetzt preussischen Provinzen am Rhein. Vom 27sten Januar 1816.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

haben in Erfahrung gebracht, daß, nachdem das französische Gesetz vom 20sten März 1813.,

wonach (unter gewissen Einschränkungen und Bedingungen) alle Güter der Gemeinden zum Besten der Amortisationskasse des französischen Reichs eingezogen und veräußert werden sollten, in den damals französischen und jetzt mit Unserm Reiche vereinigten Provinzen am Rhein von dem Zeitpunkte ihrer Okkupation an aufgehoben worden, bei der Ausführung dieser Aufhebung des gedachten Gesetzes von Seiten der verschiedenen einstweiligen Verwaltungsbehörden nicht gleichmäßig verfahren, und dadurch über Unsere wahre Willensmeinung Zweifel entstanden ist. Um diesen Zweifel und alle sonstige Mißverständnisse zu beseitigen, finden Wir Uns veranlaßt, zu erklären:

§. 1.

Es versteht sich von selbst, daß alle diejenigen Güter der Gemeinden, welche bis zu dem Zeitpunkte hin, da die resp. Gouverneurs der gedachten Provinzen den fernern Verkauf derselben eingestellt haben, noch nicht wirklich dem französischen Gesetze vom 20sten März 1813. gemäß, verkauft worden waren, resp. in dem Eigenthum der Gemeinden, denen sie bis dahin angehörten, verbleiben und ihnen zurückgegeben werden.

§. 2.

Diejenigen Gemeinde-Güter aber, welche vor jenem Zeitpunkte bereits wirklich verkauft waren, sollen den Käufern und sonstigen redlichen Besitzern keinesweges wieder entzogen werden, sondern als wohlervorbenes Eigenthum unangetastet bleiben, wenn der Verkauf selbst in der gehörigen Form und dem Gesetze vom 20sten März 1813. gemäß geschehen, und vorbehaltlich aller rechtlichen Einwendungen, die wegen Verletzung oder Ueberschreitung dieses Gesetzes oder aus sonst irgend einem speziellen Rechtstitel statt haben mögen.

§. 3.

Dagegen sind die rückständigen Kaufgelder und alles, was sonst die Käufer dieser Güter und ihre Nachfolger im Besitze annoch an die Amortisationskasse von Frankreich zu leisten verpflichtet waren, so weit diese Verpflichtungen

tungen nicht schon vor dem S. I. bestimmten Zeitpunkt erfüllt worden sind, nunmehr als Eigenthum derjenigen resp. Gemeinden anzusehen, den die verkauften Güter vorher gehörten, und treten diese, in dem Rechtsverhältniß zu den Käufern, als Gläubiger in die Stelle des französischen Reichs und seiner Amortisationskasse.

Hiernach haben sich die betreffenden Behörden und jeder, den es angeht, gebührend zu achten.

Gegeben Berlin, den 27sten Januar 1816.

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Kircheisen. v. Schuckmann.

(No. 335.) Verordnung, die von Sachsen übernommenen Rassenbillets betreffend. Vom 15ten Februar 1816.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

In Folge des zwischen Uns und Seiner Königlichen Majestät von Sachsen am 18ten Mai 1815. zu Wien abgeschlossenen Friedens-Traktats und dessen IIten Artikels, ist von der in Dresden versammelten Friedens-Vollziehungs-Kommission diejenige von Uns genehmigte Uebereinkunft wegen der für das Königreich Sachsen freiren Fünf Millionen Rassenbillets getroffen worden, welche bereits durch die Bekanntmachung jener Kommission d. d. Dresden den 25sten November 1815., zur öffentlichen Kenntniß gekommen ist. Durch jene Konvention sind von der Totalsumme der zirkulirenden Fünf Millionen Rassenbillets die mit dem Buchstaben A. bezeichneten Rassenbillets zu 1 Thaler und überhaupt also:

Eine Million Siebenmalhundert und funfzig Tausend Thaler zur Vertretung an die diesseitigen Staatskassen übergegangen, als Preussisches Staatspapier erklärt, und unter dem Schutz des Preussischen Staatskredits gestellt worden.

Wir finden nunmehr auch die Verbreitung der Tresorscheine auf den Umfang des Herzogthums Sachsen für nöthig und zuträglich und setzen daher Folgendes wegen gedachter Rassenbillets und der Tresorscheine fest:

I. Es

Es sollen alle Sächsischen an den dieseitigen Staat übergegangenen Rassenbilletts zu einem Thaler, mit dem Buchstaben A. bezeichnet, mit dem hiesigen Wechselstempel noch besonders versehen werden.

2.

Die also abgestempelten Rassenbilletts erhalten, als nunmehr Preussische Staatspapiere gleiche Rechte mit den Tresorscheinen und sollen daher in allen Königlichen Kassen der ganzen Monarchie, statt und gleich jenen, als Zahlung überall, auch außer dem Herzogthum Sachsen gegeben und angenommen, und alle wegen der Tresorscheine gesetzlich bestehende Verfügungen, namentlich aber die Vorschriften Unserer Edikte vom 7ten September 1814. und 1sten März 1815. auf die Rassenbilletts sub Litt. A. in soweit angewendet werden, als sie die wechselseitige Befugniß der Steuerpflichtigen und Unserer Kassen, in diesen Papieren Zahlungen zu leisten und anzunehmen, betreffen; wogegen die Verpflichtung für Erstere, einen gewissen Theil der Steuern in Rassenbilletts zu bezahlen, nur in Unserm Herzogthum Sachsen, in Gemäßheit der ältern Sächsischen Edikte, fort dauern soll, und, wie sich von selbst versteht, auf Unsere übrige Unterthanen keine Anwendung findet.

Es stehet jedoch einem Jeden frei, den in Rassenbilletts verfassungsmäßig zu entrichtenden Steuerantheil auch in Tresorscheinen zu bezahlen.

3.

Die zur Staatsschulden-Tilgungs-Kasse bereits abgegebenen Rassenbilletts-Fabrikations-Geräthschaften, Stempel, Platten und Papiere, sollen öffentlich vernichtet und mehrere Rassenbilletts, als die übernommenen, sollen nicht kreirt werden.

4.

Diese Rassenbilletts sollen vielmehr, gleich den Tresorscheinen, und mit diesen in Verhältniß nach den gesetzlichen Bestimmungen der Edikte vom 7ten September 1814. und 1sten März 1815. nach und nach vernichtet, und mit dieser Vernichtung regelmäßig, so lange noch gestempelte Rassenbilletts vorhanden sind, fortgefahen werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und Beistimmung Unseres größeren Königlichen Insiegels.

Berlin, den 15ten Februar 1816.

(L.S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Bülow.